

BASis Info 6/2021

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Zukunftsprogramm steht. Vor zwei Wochen haben wir im Rahmen unseres Bundesparteitages das Programm beschlossen, mit dem wir in die Bundestagswahl ziehen. Ich finde, es trägt den Namen Zukunftsprogramm zu recht.

Wir zeigen in diesem Programm, wie wir ein klimaneutrales Industrieland werden, wie wir ein modernes Mobilitätssystem aufbauen, wie wir die Digitalisierung nutzen und gestalten und wie wir eine gute und moderne Gesundheitsversorgung für alle sichern können. Wir zeigen einen Weg auf, der von Respekt geprägt ist. Respekt für alle.

Der Markt wird keine gerechten Lösungen für die Zukunftsfragen schaffen. Wir müssen diese Lösungen selbst finden und die Zukunft politisch gestalten, in dem wir z. B. massiv in die Wasserstofftechnologie investieren. Gerade für uns in Duisburg ist dies eine Investition in die Zukunft. Es gibt keine Alternative dazu, klimaneutral zu werden. Wir sind und wir wollen aber Industrie- und Stahlstandort bleiben.

Wir wollen unsere Industrie sichern, weil dort ein

Großteil unseres Wohlstandes erwirtschaftet wird. Und auch, weil dort die Arbeitsplätze in der Regel tarifgebunden sind und Mitbestimmung dort gelebt wird.

Was ein Tarifvertrag bedeutet und wie schwer es ist, gute Arbeitsbedingungen ohne Tarifvertrag durchzusetzen, das sehen wir gerade in der Pflege. Der Versuch, den ausgehandelten Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären, ist gescheitert - auch weil Jens Spahn dies hinter den Kulissen torpediert hat. Wir wollen die Bezahlung nach Tarif jetzt gesetzlich verankern. Auch dagegen sträuben sich CDU und CSU. Ich hoffe, dass wir bis zur Kabinettsitzung am Mittwoch doch noch ein gutes Ergebnis erzielen können. Auch aus dieser Erfahrung heraus wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Tarifbindung stärken.

Ich bin froh, dass wir in dieser Woche einen ersten Erfolg für die Mitbestimmung erreichen konnten: Wir machen es leichter, einen Betriebsrat zu gründen - mit einem besonderen Kündigungsschutz, der bereits greift, bevor die ersten Einladungen zur Betriebsratswahl verschickt werden.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Diese Woche haben wir den Entwurf des Gesetzes zur Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder in den Bundestag eingebracht. Mit diesem Gesetz soll eine Betreuungslücke geschlossen werden: Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz erlischt bisher mit der Einschulung.

Ab August 2026 sollen zunächst alle Grundschul Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch erhalten, ganztägig gefördert zu werden. Ab 2029 gilt er bis zur vierten Klasse. Damit setzen wir ein großes und für uns sehr wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um.

Umsetzung

Der Rechtsanspruch wird im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) geregelt und sieht einen Betreuungsumfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor. Die Unterrichtszeit wird angerechnet. Der Rechtsanspruch soll - bis auf maximal vier Wochen - auch in den Ferien gelten.

Der Bund unterstützt den Ausbau der Ganztagsbetreuung mit 3,5 Milliarden Euro für notwendige Investitionen. Und auch an den laufenden Kosten wird sich der Bund beteiligen. Die Mittel dafür steigen jährlich bis auf 960 Millionen Euro pro Jahr ab dem Jahr 2030 an.

Ein wichtiges Signal an die Familien

Viele Eltern wünschen sich eine verlässliche Ganztagsbetreuung. Es gibt aber kein ausreichendes Angebot. Corona und das Leid, das gerade die Kinder in der Pandemie erleben, zeigen aber in aller Deut-

lichkeit: Kinder brauchen Kontakt zu anderen Kindern und verbindliche Strukturen.

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist notwendig: Für die Kinder selbst, ihr Miteinander, aber auch für mehr Bildungsgerechtigkeit und für starke Familien. Er erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bringt so besonders für Frauen, die immer noch häufig beruflich zurückstecken, eine deutliche Verbesserung.

Qualität der Betreuung

Die Ganztagsbetreuung kann das Lernen und die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler unterstützen. Wenn die pädagogische Qualität sichergestellt ist, können Lernrückstände von Schülerinnen und Schülern dort von Anfang an vermieden bzw. vorhandene Lücken geschlossen werden.

Für eine gute Ganztagsbetreuung brauchen wir gut ausgebildete und gut bezahlte Fachkräfte. Wir brauchen einen guten Fachkraft-Kind-Schlüssel und bedarfsgerechte und gezielte Förderangebote. Hilfreich sind dazu Netzwerke und Strukturen, in denen Schule, Horte, Kinder- und Jugendhilfe, Sportvereine und Musikschulen auf Augenhöhe zusammenarbeiten können.

Ich bin froh, dass wir noch vor der Wahl einen guten Vorschlag vorlegen konnten. Insbesondere Olaf Scholz hat sich dafür stark gemacht, dass wir ein deutliches Signal an die Länder schicken können: Wir als Bund übernehmen Verantwortung, wir beteiligen uns dauerhaft und substantiell an den Kosten dieses Rechtsanspruches.



Geld für Sport und Denkmalschutz in Duisburg

Gute Nachrichten aus dem Haushaltsausschuss für Duisburg: Beschlossen wurde eine Förderung für die Sanierung der Sportanlage Am Förkelsgraben mit bis zu 2.569.000 Euro. Außerdem fließen insgesamt 1.939.837 Euro für den Denkmalschutz nach Duisburg. In meinem Wahlkreis werden die Verladeanlage Roters & Buddenberg am Innenhafen mit 136.500 Euro, die weitere Sanierung der Straußsiedlung mit 104.089 Euro und der nächste Bauabschnitt der mittelalterlichen Stadtmauer mit 256.000 Euro gefördert. Ich freue mich, dass der gemeinsame Einsatz von Mahmut Özdemir und mir belohnt wurde.

Kommunale Sportstätten sind wertvolle Begeg-

nungsorte, die gerade in dieser Zeit unsere Unterstützung benötigen. Wir wollen den Kommunen helfen, gezielt und spürbar in die soziale Infrastruktur zu investieren und damit den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken. Dass es nun mit dem Zuschuss für diese Sportanlage geklappt hat, ist ein gutes Zeichen für den Vereinssport in Duisburg und für all diejenigen, die sich darin haupt- und ehrenamtlich engagieren.

Die Mittel für den Denkmalschutz tragen dazu bei, dass alle Phasen der Geschichte Duisburgs im Stadtbild sichtbar bleiben. Ich freue mich, dass wir den Erhalt dieser Denkmäler mir Bundesmitteln sichern können.

Gewinnmaximierung auf dem Rücken der Beschäftigten

Allein in Duisburg sollen mindestens 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sana-Kliniken ihren Arbeitsplatz verlieren. Ich stehe an der Seite der Angestellten und bin verärgert über diese Ankündigung. Wir haben in der Pandemie die Kliniken - auch die Sana-Kliniken - mit Milliardensummen gestützt. Ich erwarte, dass die Sana-Kliniken jetzt Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen. Es darf keine Gewinnmaximierung auf dem Rücken der Beschäftigten geben.

Das Management begründet die Kündigungen damit, dass das Tochterunternehmen, das für Reinigung, Service und Logistik zuständig ist, steigenden Anforderungen nicht gerecht werde. Es ist aber ur-eigene Managementaufgabe, Strukturen an sich

ändernde Rahmenbedingungen anzupassen. Hier müssen wieder mal die Beschäftigten für Managementfehler büßen.

Entlassen werden die Schwächsten. Deren Arbeit fällt aber nicht weg. Die wird den Pflegekräften zusätzlich aufgeladen werden. Deren Arbeitsbedingungen werden schlechter, das ist gerade jetzt ein fatales Signal. Das Management der Sana-Kliniken liefert gerade den Beweis: Renditeorientierung wirkt sich im Gesundheitswesen negativ auf die Versorgung und die Arbeitsbedingungen aus. Die Gewinne, die der Sana-Konzern regelmäßig verbucht hat, stammen aus Mitteln der Solidargemeinschaft. Dieses Geld ist für die Versorgung da, nicht für die Renditen.



Mein Tagebuch

Noch zwei Sitzungswochen, dann beginnt der Wahlkampf. Die Vorbereitungen laufen, die Plakate sind schon bestellt. Und weil ich es in der letzten BASIS Info spannend gemacht habe, liefere ich in diesem Tagebuch die Auflösung. So sieht das Plakat in diesem Wahlkampf aus.

Bis zum nächsten Mal,
ich freu mich drauf!



Aus meinem Kalender

26. Mai 2021

Podiumsdiskussion „Transformationsforum Stahl – Grüner Stahl als Chance für das Ruhrgebiet“

28. Mai 2021

Veranstaltung der SPD Rheinhausen zur Grundrente mit meinem Kollegen Ralf Kapschack

16. Juni 2021

Podiumsdiskussion der DAK zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung

17. Juni 2021

Diskussion mit der AG 60plus Niederrhein

28. Juni 2021

Diskussion mit den DGB Senioren

30. Juni 2021

Krankenhauszweckverband Rheinland

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:

<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter->

Neues zum Schluss